

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die Textilarbeiter-Zeitung erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Verlag: C. M. Schiffer, Düsseldorf, Konfordstraße 7.
Druck und Versand Joh. van Nieuwenfeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.
Telefon: 4692.

Schreibleitung: Düsseldorf, Konfordstraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423



England und der Wirtschaftskrieg.

Während sich für England immer mehr die Unmöglichkeit ergibt, Deutschland mit den Waffen zu Lande und zur See zu besiegen, sucht das Britenreich geräuschlos alle Anstalten zu treffen, um den Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete fortzusetzen und den Wirtschaftskrieg nach Friedensschluß zu organisieren. Ueber diese verhüllten Vorbereitungen haben die Mitteilungen ein Licht aufgesteckt, die ganz vor kurzem über das neue englische Handelsnachrichtendienstamt als Werkzeug dieses Wirtschaftskrieges laut geworden sind. Dieses neue Amt, das zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Handelsamt eine selbständige Mittelstellung einnimmt, soll den handelspolitischen Nachrichtendienst und die wirtschaftspolitische Propaganda ausbauen. Für diesen seinen Zweck besagt der Umstand schon genug, daß seine Einrichtung u. a. unmittelbar auf die Pariser Wirtschaftskonferenz zurückzuführen ist. Soweit trotz aller englischer Geheimtuerie näheres über das Amt bekannt geworden ist, hat es seinen Dienst am 1. Oktober begonnen. Die Beamten im Ausland sollen den Handelsattachés der Gesandtschaften unterstellt werden. Die Londoner und die Washingtoner Regierung werden die Stitze der Hauptorganisationen bilden. Für jeden Zweig von Handel und Industrie ist eine besondere Abteilung in Aussicht genommen, die im Inland arbeitet, während die den Gesandtschaften im Ausland angegliederten Organisationen selbständig arbeiten sollen. Die englische Organisation soll einen Stab von 738 Beamten erhalten. Für die früheren deutschen Kolonien sind 142 Agenten ernannt. Man sieht, England läßt sich die Vorbereitung des Wirtschaftskrieges was kosten.

Zugleich sucht England die durch den Krieg geschaffenen eigenartigen Verhältnisse auf dem Gebiete seiner gewerblichen Produktion sowie der Arbeiterfrage, wo der Einfluß der die Arbeitsbedingungen sonst reglementierenden Gewerkschaftsorganisationen so ziemlich ausgeschaltet ist, auszunutzen, um unter allen Umständen für den Wirtschaftskampf seine Industrie stark zu machen. Zu diesem Zweck wurde u. a. in England während des Krieges eine ganz neue Arbeitsmethode eingeführt, die darauf hinzielt, in der Gesamtheit die größtmögliche Leistung zu erreichen. Dadurch soll zugleich die englische Industrie in die Lage versetzt werden, später die ausländische Konkurrenz zu verdrängen. Unter der Führung der englischen Regierung sind dort Munitionswerkstätten zu Musterbetrieben ausgestaltet worden, und diese Betriebe sind zugleich so eingerichtet worden, daß sie über das Kriegsinteresse hinaus, für den späteren Kampf um den Weltmarkt, die englische Industrie jetzt schon vorbereiten. Es wird dort die zweckmäßigste Herstellung der Artikel, unter dem Gesichtspunkt, wie sie bei geringstem Rohmaterialienverbrauch und geringstem Einfluß menschlicher Arbeitskräfte möglich gemacht werden kann, ausprobiert. Weil dabei auch jede unnötige Lagerung und Ein- und Hertransportierung vermieden und jeder Zinsverlust eingespart wurde, so hat sich nach englischen Zeugnissen dieses System glänzend bewährt, und eine Rückkehr zu den alten Kräfte verschwendenden Arbeitsmethoden wird in England als undenkbar bezeichnet. Den englischen Industriellen

sei zwar dieses Zwangssystem, durch das ihnen ihre Selbständigkeit genommen wurde, unbequem gewesen, aber sie hätten sich damit abgefunden, da ihnen die Dividenden garantiert worden seien. Man wisse allerdings noch nicht, in welcher Weise die aus dem Felde zurückkehrenden Arbeiter mit dieser neuen Arbeitsmethode ausgeföhnt werden könnten, man hoffe aber, daß das keine Schwierigkeiten machen wird.

Auch für diese Aufgabe schickt sich England an, besondere Einrichtungen zu schaffen und zwar in der Form von sogenannten Industrieräten, die in erster Linie der Sicherung des sozialen Friedens dienen sollen. England weiß, wie sehr es diesen, um den Wirtschaftskrieg gegen das Ausland wirksam führen zu können, notwendig hat; deshalb versucht es, in den Industrieräten die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in ihren Organisationen zusammenzubringen und diese zu dauernder Zusammenarbeit mit einander zu verbinden. Neben der Hauptaufgabe: der Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern unter Einräumung eines weitgehenden Mitbestimmungsrechtes an die letzteren sollen ihnen als Spezialaufgaben übertragen werden: Bessere Ausbarmachung des praktisch n Wissens und der Erfahrungen der Arbeiterchaft; größerer Anteil und größere Verantwortung der Arbeiterchaft für die Innehaltung der von den Industrieräten vereinbarten Regeln; Untersuchungen über die Entlohnungsmethoden, dabei auch Untersuchung der Frage des Gewinnanteils der Arbeiterchaft bei Ausblühen der Industrie; Untersuchung der Mittel, um den Arbeitnehmern eine größere Sicherung in bezug auf Stetigkeit der Arbeit und des Einkommens zu geben, ohne jedoch einen ungebührlichen Druck auf die Freizügigkeit des Arbeitnehmers einerseits und den Arbeitgeber andererseits auszuüben; technische Ausbildung; Ausbarmachung der Erfindungen und arbeitssparender Methoden, neuer Maschinen, neuer Organisation der Arbeit sowohl vom Standpunkt der Verbesserung und Steigerung der Produktion aus, wie auch unter Anhörung des Standpunktes der Arbeiter zu diesen betreffenden Fragen; Stellungnahme zu Gesetzesvorlägen, welche die Industrie betreffen. Aus diesen Angaben leuchtet hervor, wie man sich seitens der leitenden Kreise Englands bestrebt, die Arbeiter am Gang der britischen Industrie selbst zu interessieren und dadurch Widerstände aus den Kreisen dieser gegen den Wirtschaftskrieg aus dem Wege zu räumen.

Bezeichnend ist dafür eine Abhandlung in der angesehensten englischen Zeitschrift für Finanz- und Wirtschaftswesen, dem Economist, in welcher den englischen Arbeitern klar zu machen versucht wird, wie sehr eine Entwicklung der englischen Industrie unter Einräumung weitgehender Mitbestimmungsrechte, wie sie vorstehend in den Ausgaben der Industriestädte vorgeesehen sind, ihren Interessen entsprechen würde. Wenn es auch Offiziere im Wirtschaftskörper geben müßte, so sollten in Zukunft die Arbeiter Seite an Seite mit ihnen für das gemeinsame Ziel, die künftige Wohlfahrt des Landes, und damit auch für die eigene Wohlfahrt arbeiten. Geachtet wird dann den Arbeitern dargelegt, wie durch das oben erwähnte neue Arbeitssystem Hand in Hand mit einer Mitwirkung der Arbeiter in den Industrieräten die Arbeitszeit verkürzt und die Löhne erhöht werden könnten. Das würde zwar eine völlige Wiederherstellung der alten Gewerkschaftsgebrauche unmöglich machen, aber die Arbeiter könnten sich damit abfinden, wenn dadurch eine höhere Ausbeute des

wirtschaftlichen Produktionsprozesses in Gestalt der oben erwähnten Vorteile sich erzielen lasse. Ob die englischen Arbeiter für diese Gedankengänge zu haben sein werden, wird sich noch herausstellen müssen, zumal sie an ihren alten Gewerkschaftsbräuchen hängen und die Beschneidung derselben im wesentlichen die vielbemerkte englische „Arbeiterunruhe“ hervorgerufen hat. Von den Arbeitgebern dürften die schon jetzt bereit sein, sich mit der teilweisen Kürzung des Alleinbestimmungsrechts in ihren Betrieben durch den Aufgabekreis der Industrieräte abzufinden, die hoffen, vermittelt derselben über die sozialen Schwierigkeiten hinwegzukommen, die vornehmlich die Außerkräftsetzung der Gewerkschaftsbräuche mit sich gebracht hat. Andere Arbeitgeber sehen allerdings den Industrieräten und den in ihnen zum Ausdruck kommenden Tendenzen vollen Widerspruch und Widerstand entgegen, weil sie davon eine nicht zu rechtfertigende Untergrabung ihrer Unternehmerstellung und eine Auslieferung ihrer Betriebe an die Gewerkschaften befürchten. Doch hat es nicht den Anschein, als ob die englische Regierung gewillt sei, ihren Einsprüchen nachzugeben.

In den bisherigen Friedensnoten ist teilweise mit großem Nachdruck hervorgehoben worden, daß als Vorbedingung für ein sich Wiederfinden der Völker nach dem Kriege eine Aufgabe des Planes des Wirtschaftskrieges unerläßlich ist. So in der Friedenskundgebung des Papstes, der Rede des Grafen Czernin, ja auch in der Antwort Wilsons auf die erstere. Das ist schon erkennen, einen wie wichtigen Punkt auch in den Friedensverhandlungen die Frage des Wirtschaftskrieges darstellen wird, und wie hier alles darauf angelegt werden muß, insbesondere auch den wirtschaftlichen Plänen Englands nach dem Kriege einen möglichst internationalen Kiegel vorzuschieben.

Arbeiterchaft und Kriegsentscheidung.

IV.

Die innerpolitischen Notwendigkeiten im jetzigen großen Kriege wurden von dem früheren Reichskanzler ganz klar und richtig gesehen; sie wurden aber reichlich spät ausgearbeitet, während die politischen Taten lange Zeit ganz ausblieben. Von Bethmann-Hollweg schreckte zurück vor den gewaltigen Widerständen, die sich größeren politischen Reformen entgegenstellten. Nach zwei Kriegsjahren fing man schließlich an mit kleineren Abschlagszahlungen: Vereinsgesetzgebung, Sprachenparagraph usw. Beim Hilfsdienstgesetz schreckte die Regierung wieder vor der Schwerindustrie zurück, so daß erst der Reichstag dem Gesetze eine für die Arbeiterchaft annehmbare Gestalt geben mußte. Erst nach drei Kriegsjahren, nachdem die Kriegsnot immer größer geworden, hat man sich zur Kaiserlichen Osterbotschaft und zu dem Erlass vom 11. Juli entschlossen. Ein großer Teil des Volkstrauens, das in den Augusttagen von 1914 einsetzte, ist so in den ersten drei Kriegsjahren verwirrt worden. Mit dieser Politik hat man die Spaltung im sozialdemokratischen Lager herbeigeführt. Jetzt kann man sehen, wie der doktrinaire Flügel der Sozialdemokratie die Kriegsnot demagogisch ausnützt und die Massen aufpeitscht, während der rechte Flügel der Sozialdemokratie Opportunismuspolitik macht, um nicht die Massen nach links zu verlieren. Von einem inneren, organischen Bewachsen der sozialdemokratischen Massen mit dem Staate ist jedenfalls bisher fast nichts zu merken. Hätte man von vornherein etwa die Formel geprägt und die ganze Politik darauf eingestellt: Frei im Innern, stark nach außen, politische Gleichberechtigung aller Staatsbürger, resolute Beseitigung der veralteten Klassenprivilegien, deutsche Weltgeltung, Deutschlands Gleichberechtigung unter den Weltvölkern, dann hätte auch die Sozialdemokratie sich mit diesem in der Umbildung begriffenen Staatswesen innerlich auseinandersetzen müssen; die konkreten und einseitigen sehr überflüssigen Kriegszielfragen wären zurückgetreten, das deutsche Volk wäre während des Krieges innerlich gewachsen, anstatt daß aus dem ewigen Streit eine äußere

und innere Schwächung der deutschen Volkskraft in die Erscheinung getreten wäre.

Auch auf dem Gebiete der Ernährungspolitik hätten bei rechtzeitigem resolutem Zutreiben dem deutschen Volke sehr viele Kriegsnotdritte erspart werden können. Die gegenwärtigen gewaltigen Gegensätze zwischen Stadt und Land hätten sich nicht heraus zu bilden brauchen, und viele andere unerfreuliche Vorgänge hätten dem deutschen Volke erspart werden können.

Das politische Gesamtbild für die ersten drei Kriegsjahre ist also für Deutschland auf vielen Gebieten ein wenig erfreuliches. Es steht im umgekehrten Verhältnis zu der großen Zeit, die gegenwärtig das deutsche Volk durchlebt. Man hat zu wenig die alte politische Erfahrung gewürdigt, daß in großer Zeit mit großen Mitteln gearbeitet werden muß. Schließlich kommt es nicht nur darauf an, daß man gibt, sondern auch wie man gibt. Das System, wonach die Regierung sich eine Forderung nach der anderen abringen läßt, ist jedenfalls falsch. Im Schlußabschnitt des Krieges kann nicht mehr nach diesen Rezepten gearbeitet werden.

Was tut not?

Wenn wir den Krieg im Schlußabschnitt gut bestehen wollen — und das müssen wir —, dann ist neben der Zurückdrängung des Kriegszielstreites m. E. im innerpolitischen Leben viererlei notwendig:

1. Es muß die politische Rechtsgleichheit aller Staatsbürger hergestellt werden;
2. auf dem Gebiete der Volksversorgung ist allseitig mit der größten Kraftanstrengung zu arbeiten;
3. es ist mit Nachdruck auf die Herstellung eines erträglicheren Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitern in der Rüstungsindustrie hinzuwirken;
4. es müssen die Arbeiter ihr Alles und Bestes hergeben zur ausreichenden Versorgung des Heeres mit Kriegsmaterial.

Zunächst muß die

politische Rechtsgleichheit

in unserem innerstaatlichen Leben hergestellt werden. Mit den veralteten Klassenprivilegien ist aufzuräumen. Die Anschauung, daß im Kriege auf innerstaatlichem Gebiete keine größeren Veränderungen herbeigeführt werden dürften, läßt sich nicht aufrecht erhalten. Das, was schon längst vor dem Kriege hätte geändert werden sollen, kann nicht über einen Krieg, der schließlich vier Jahre dauert, hinübergeschleppt werden. Das Gleichgewicht der Kräfte im Staat, das schon seit 15 Jahren in Preußen herzustellen eine Staatsnotwendigkeit gewesen wäre, muß im künftigen Winter herbeigeführt werden. Das preussische Dreiklassenwahlrecht, das die breiten und minderbemittelten Volksschichten politisch entrechtete, ist baldigt zu beseitigen. Damit wird absolut nichts Neues und Ueberstürztes gefordert. Schon die Thronrede zum preussischen Landtage im Jahre 1908 sprach aus, daß eine organische Fortbildung des Wahlrechts im preussischen Abgeordnetenhaus erfolgen solle. Damals hätten die maßgebenden Parteien des preussischen Abgeordnetenhauses die erforderliche staatsmännliche Einsicht zeigen sollen. Jetzt nach drei Kriegsjahren muß natürlich mehr gegeben werden, als die Abschlagszahlung, womit sich damals breite Kreise bis tief in die Sozialdemokratie hinein abgesunden hätten.

Weiter muß an der

Beseitigung der ausnahmerechtlichen Bestimmungen

auf dem Gebiete des Koalitionsrechts gearbeitet werden. Diese wären schon seit Jahrzehnten beseitigt, wenn nicht die politischen Klassegegensätze in Deutschland so scharf ausgeprägt gewesen wären. Der Paragraph 153 der Reichsgewerbeordnung läßt sich nicht länger aufrecht erhalten. Er ist ein ausgeprochenes Ausnahmegesetz gegen die gewerkschaftlich organisierten, aufwärts strebenden Arbeiter.

Schließlich ist notwendig, daß baldigt die gleiche

gesetzliche Vertretung der Arbeiter eingeräumt wird, über die alle anderen großen Wirtschaftsklassen bereits verfügen. Wir haben Landwirtschaftskammern,

Handelkammern, Handwerkskammern, Ärztekammern, Anwaltskammern. Die Arbeitskammern können nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Schenke zu Weihnachten
nichts Ueberflüssiges, sondern Nötiges.
Nötig ist die Fürsorge für die Deinen.
Wende Dich an unsere gemeinnützige
Deutsche Volksversicherung.

Allgemeine Rundschau.

Das Jahrbuch für 1918

wird soeben fertig. In dem Inhalt kommt die ganze Mannigfaltigkeit der Probleme zum Ausdruck, die uns im gegenwärtigen Augenblick bewegen. Zunächst natürlich gelangt die Entwicklung der christlichen Gewerkschaften zur Sprache. Dann folgen zwei Artikel, die auf die dringlichsten Fragen des öffentlichen Lebens eingehen: „Was erwarten wir von der Neuorientierung“ und „Das parlamentarische Regierungssystem“, welche letztere Abhandlung in gedrängter Kürze mancher Begriffsverwirrung abhilft. Willkommene Aufklärung und überaus wichtige Zukunftsorientierung bringt der bedeutsame, grundlegende Artikel über „Gewerkschaftliche Gemeinschaftsarbeit“. Dem schließt sich eine übersichtliche Abhandlung unter dem Titel „Kriegslöhne“ an, die ein vorzügliches Mittel zur Stärkung der Arbeiterstellung unter den jetzigen Verhältnissen bilden kann. Danach kommen Abhandlungen über dringende gewerkschaftliche Fragen, nämlich: „Erweiterung der Grundlagen für unsere Agitation“ und „Die Weiterbildung des Koalitionsrechtes“. Ein gewerkschaftliches Jahrbuch konnte natürlich auch an der Lebensfrage unserer nächsten Zukunft, nämlich an der Frage des Übergangs von der Kriegszur Friedenswirtschaft, nicht vorbeigehen und so findet sich denn auch ein darauf bezüglicher Artikel vor, dem der Text der als Kriegsdokument so bedeutsamen Gewerkschaftseingabe über die Übergangsregelung, als Dokument auch für spätere Zeiten, angefügt ist. Schließlich fehlt nicht der übliche Artikel „Reichssozialpolitik“, eine Auslese aus den Ergebnissen der sozialpolitischen Arbeit der letzten Reichstagsperiode. So fügt sich ein farbiges Bild zusammen, das dem Leser draußen an den Fronten und daheim einen wertvollen Einblick in die geistige Werkstatt der Arbeiterbewegung in der bewegtesten Zeit des Krieges vermittelt. Natürlich ist das Jahrbuch wie stets gleichzeitig mit Kalendarium usw. ausgestattet, bringt Notizen, Sinnsprüche dgl., so daß es wie immer der willkommene Begleiter unserer Mitglieder sein wird. — Der Preis beträgt diesmal auf Grund der verteuerten Herstellungskosten für unsere Mitglieder 1 M.

Eine Weihnachtsgeschenke.

Weihnachten steht vor der Tür, das Fest der Liebe und Freude. Noch ein wenig ernster denn sonst werden wir diesen Tag begehen, solange der harte Krieg tobt, und die Sorge um die im Felde Stehenden dunkle Schatten auf unsere Seelen legt.

Aber keine Sorge wird das deutsche Volk unterliegen und es hindern, dieses Fest in gewohnter Weise zu begehen. Deutsche Gemütsstärke, deutscher Familiensinn verlangt an diesem Tage Freude auszustreuen, Liebe zu betätigen. Schon sehen wir überall die Vorbereitungen dazu treffen.

Es ist leider schwer, in dieser Zeit seiner Liebe und Gebefreudigkeit freien Lauf zu lassen. Besorgt fragt mancher, was schenke ich nur diesen Weihnachten meinen Lieben? Ja, was schenken wir? Wird die übliche Liste durchgegangen, dann muß leider eingestanden werden, daß das meiste über-

haupt nicht, das übrige nur sehr schwer zu erhalten ist. So sind der Liebe und Willkür natürliche Schranken gesetzt.

Bei all diesen Dingen kommt uns nicht der Einfall, daß es auch noch eine andere Möglichkeit gibt, seinen Lieben eine Freude zu bereiten, die dazu den großen Vorzug hat, daß sie weit in die Ferne wirkt. Warum legen wir ihnen nicht eine Versicherungspolice unserer gemeinnützigen Deutschen Volksversicherung auf den Weihnachtstisch, warum versichern wir nicht das Leben des Vaters und der Mutter, oder warum denken wir nicht an die Ausbildung und Aussteuer der Kinder? Das ist freilich kein Geschenk, das man essen oder anziehen kann, aber es ist Sicherheit für die Zukunft. Es bringt uns die tröstende Gewißheit, daß unsere Familie gegen Notfälle geschützt, unseren Kindern aber der Eintritt ins Leben damit erleichtert wird. Eine solche Gabe auf den Weihnachtstisch gelegt, ist das schönste Geschenk, das wir unseren Lieben in dieser sorgenvollen Zeit machen können. Unsere gemeinnützige Deutsche Volksversicherung (Köln a. Rh., Benloerwall 9) ist gern bereit, uns in dieser Angelegenheit mit Rat und Auskunft beizustehen.

Aus unserer Industrie.

Die Gefährdung der Papiergarnindustrie.

Seit Kriegsbeginn hat sich die Papiergarnindustrie erst langsam, dann immer schneller entwickelt. Die Ausgang 1915 waren immer noch Wolle, Baumwolle, wenn auch in steigender Begrenzung, da, dann aber mußte die Heeresverwaltung in weitgehendstem Maße zur Verwendung der Papiergarne übergehen. Die Nachfrage überstieg die Erzeugung in so gewaltiger Weise, daß eine rapide Preissteigerung die natürliche Folge sein mußte. Es war daher ein durch die Verhältnisse gebotener Schritt der Heeresverwaltung, daß durch das ins Leben gerufene Kriegsrohstoffamt im Februar 1917 ein Teil des erzeugten Spinnpapiers und Papiergarns mit Beschlag belegt und für Spinnpapiere und Papiergarne überhaupt Höchstpreise festgesetzt wurden. Diese Höchstpreise wurden nach den damals, also im Februar 1917 geltenden Herstellungskosten berechnet. Seitdem hat sich aber die Lage auf dem Papiermarkt wesentlich geändert. Die Zellulose ist immer knapper und teurer geworden; die Kohlennot ist eingetreten; die Chemikalien sind nur schwer und erheblich teurer zu beschaffen; die Arbeitslöhne sind gestiegen. Das allein würde eine entsprechende Erhöhung der Preise für Spinnpapiere erfordern. Die Papierfabriken haben nun aber eine Reihe anderer Papiere, besonders den Munierstoff für die Munitionsfabriken herzustellen, welche nicht unter Höchstpreis stehen und die bedeutend höheren Nutzen abwerfen wie die Spinnpapiere, die noch immer unter den nicht mehr zeitgemäßen Höchstpreisen stehen. Da ist es erklärlich, daß das Interesse an der Herstellung von Spinnpapier immer mehr schwindet und die Fabriken sich den besserbezahlten Artikeln zuwenden, um so mehr, als der Rohstoff immer knapper wird. Die Fabriken schränken daher die Erzeugung von Spinnpapier immer mehr und mehr ein, und damit steht die Papiergarnspinnerei vor der Tatsache, daß sie den Bedarf an Spinnpapieren zu decken nicht imstande ist. Anstatt daß also die Erzeugung von Papiergarnen allmählich gesteigert werden könnte, wird sie notgedrungen zurückgehen müssen. Nicht nur die Deckung des Heeresbedarfs, sondern die Privatindustrie, die immer mehr ausschließlich auf Papiergarn angewiesen ist, wird auf diese Weise ernstlich gefährdet, ja einfach unmöglich gemacht. Hier gibt es nur ein Mittel. Die Höchstpreise für Spinnpapiere und folgerichtig auch die Preise der daraus gesponnenen Garne entsprechend zu erhöhen. Zugleich aber müßten für die anderen Papiersorten ebenfalls Höchstpreise festgesetzt werden, damit nicht durch immer höhere Preisangebote in diesen Sorten stets wieder der Schwerpunkt des Interesses sich auf diese Seite neigen kann. Wenn hier nicht unverzüglich energisch eingegriffen wird, droht der Papiergarnspinnerei eine ernste Gefahr, die rückwirkend die Versorgung des Heeres wie des Volkes mit den notwendigen Ausrüstungs- und Bekleidungsgegenständen unmöglich macht.

Die Förderung des Flachsanbaues in Oesterreich.

Die beteiligten Kreise der österreichischen Leinenindustrie sind fortgesetzt bemüht, den Flachsbau zu fördern, um so die Industrie nach und nach vollständig unabhängig von dem Betriebe ausländischen Rohstoffs zu machen. Neuerdings hat mit Unterstützung der Flachspinnereien und Leinenwebereien die österreichische Flachszentrale beschlossen, an diejenigen Landwirte, welche Saatgut von ihr beziehen, in Form einer Anbauprämie eine besondere Unterstützung zu gewähren. Soeben wird bekannt gemacht, daß allen österreichischen Landwirten, welche bis jetzt Saatgut bezogen haben, für je 100 kg 30 Kronen zurückvergütet werden. Mit der Zurückzahlung sind die Gemeindeämter bei der Uebernahme von Flachsbetrag worden. Für die Landwirtschaft bedeutet diese Rückvergütung einen großen Vorteil, da sich dadurch der Preis des zum Anbau gekauften Leinsamens nur auf 100 Kronen für 130 kg stellt. Ferner hat die österreichische Flachszentrale beschlossen, auch für das kommende Jahr eine Rückvergütung für den bezogenen Leinsamen zuzusichern. Andererseits wird der Anbau von Flachsbau noch besonders dadurch gefördert werden, daß die Preise für allen abzuliefernden Rohstoff gesteigert werden. Bestimmte Maßnahmen sind in letzter Beziehung noch nicht getroffen worden, doch steht immerhin zu erwarten, daß durch das Entgegenkommen der Flachszentrale der Anbau im Lande weiter sehr gefördert wird. Man rechnet damit, daß es gelingen wird, soviel wie möglich die einheimische Leinenindustrie mit Rohstoff versorgen zu können.

Im übrigen wird gemeldet, daß ähnliche Maßnahmen wie in Oesterreich auch in Deutschland geplant sind.

Weihnachtsfreud' für alle, alt und jung Beschert die Deutsche Volksversicherung!

Aus dem Verbandsgebiete.

Aus unseren Bezirken.

Niederlausitz.

Von den Arbeiterausschüssen der Tuchfabriken des hiesigen Bezirks waren die drei Textilarbeiterverbände bevollmächtigt worden, den Unternehmern die Forderung auf Erhöhung der Löhne um 33 Prozent zu überreichen. Der Unternehmerverband der Niederlausitzer Textilfabrikanten trat daraufhin mit den Verbandsvertretern in Verhandlungen ein, die am 22. November in Cottbus stattfanden. Ueber das Ergebnis derselben wird später berichtet werden.

Königreich Sachsen.

Erhöhung der Textilarbeiterunterstützung. Eine Verordnung des Ministeriums des Innern hat auf die Notwendigkeit hingewiesen, im Anschluß an die Erhöhung der Unterstützung der Kriegerfamilien auch die Unterstützung für erwerbslose Textilarbeiter zu erhöhen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Landeshut Siebau i. Schlesien. Am 16. und 17. November hielten wir zwei gutbesuchte Versammlungen ab, in denen unser Arbeiterausschussmitglied Saubda-Landeshut über die Verhandlungen mit den Behörden und mit den Arbeitgebern hinsichtlich der Arbeitslosen-Unterstützung für Textilarbeiter im Kreise Landeshut berichtete. Er kennzeichnete die von den Arbeitgebern gemachte Vorlage und ihre Mängel und die durch die organisierten Arbeiter angeführten und durchgeführten wesentlichen Verbesserungen. Der christliche Textilarbeiterverband sei bestrebt, für die zu erwartende Zeit der Betriebsbeschränkungen oder gar der Stilllegung ganzer Werke den Arbeitern eine ausreichende Unterstützung zu sichern. — Ueber die Frage: „Wie hatten wir durch im vierten Kriegswinter“ sprach Johann der Verbandssekretär Hermann Boigt-Dresden. Der Redner schilderte die unvergleichlich großen Seemannsleistungen, die das deutsche Volk, unter ihm nicht an letzter Stelle der Lohnarbeiterstand, in

dem gegenwärtigen Ringen zu vollbringen hatte. Der bevorstehende Winter werde die Ansprüche an die Bevölkerung noch steigern. Niemals aber dürfe jetzt in der Entscheidungszeit Entmutigung und Verzagtheit sich breit machen. Nach soviel unlagbaren Opfern und nachdem soviel deutsches Blut geflossen sei, dürfe Deutschland im Innern nimmermehr versagen. Deutschland stehe vor der Wahl: entweder die Opfer eines vierten Kriegswinters auf sich nehmen oder 100 Jahre lang der Knecht Englands sein. Die große christlich-nationale Arbeiterbewegung habe auf ihrer jüngst in Berlin abgehaltenen Kriegstagung treu gelobt, im Endstadium des Weltkrieges fest und stark zu bleiben. Wenn sich die Arbeiter noch zahlreicher um die christlich-nationalen Gewerkschaften scharten, die in allen lohn- und ernährungspolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen ihre Sachwalter und Anwälte seien, wenn alle Männer und Frauen lohnarbeitenden Standes hier einander die Hand reichen, um im Rahmen des Möglichen Fortschritten anzustreben, dann würden wir der Last auch eines vierten Kriegswinters gewachsen sein. An die Ausführungen beider Redner schloß sich eine lebhafte Aussprache. Nach Aufnahme neuer Mitglieder fand die gutbesuchte Versammlung ihr Ende.

Was schenke ich zu Weihnachten?

Das beste Geschenk für einen intelligenten Arbeiter, sowie für jeden, der im öffentlichen oder sozialen Leben (als Lehrer, Geistlicher, Stadtverordneter, Parlamentarier, Organisationsleiter) tätig ist, bildet ein Abonnement auf die

„Deutsche Arbeit“,

Monatsschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft.

Die „Deutsche Arbeit“ ist das führende Organ der gesamten christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Sie orientiert zuverlässig über alle Vorgänge in der geistigen Weltstadt dieser Bewegung und wertet die wirtschaftlichen, sozialpolitischen und kulturellen Strömungen im Volks- und Staatsleben unter den der Bewegung eigentümlichen Gesichtspunkten. Während der kurzen Zeit ihres Bestehens hat sie sich nicht nur die Beachtung, sondern auch das Interesse vieler derer erworben, welche den großen Bewegungen unserer Zeit ihre Aufmerksamkeit zuwenden.

Die Zeitschrift erscheint am ersten eines jeden Monats mindestens drei Bogen stark auf holzfreiem Papier in anerkannt guter Ausstattung. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen entgegen; auch kann die Zeitschrift durch den Verlag (Cöln, Benloerwall 9) unter Kreuzband mit entsprechendem Preiszuschlag (0,30 M. im Vierteljahr) bezogen werden. Der Abonnementspreis beträgt jährlich 6,— M., halbjährlich 3,— M., vierteljährlich 1,50 M. Einzelhefte kosten M. 0,50.

Verlag Deutsche Arbeit, Cöln, Benloerwall 9.

Keine Frau

verächmählt heute dauernden, guten Nebenverdienst durch Tätigkeit für unser soziales Unternehmen. Auskunft erteilt die Generalrechnungsstelle in Cöln, Benloerwall 9.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: England und der Wirtschaftskrieg. — **Arbeiterschaft und Kriegsentscheidung.** — **Allgemeine Rundschau:** Das Jahrbuch für 1918. — **Eine Weihnachtsfreude.** — **Aus unserer Industrie:** Die Gefährdung der Papiergarnindustrie. — **Die Förderung des Flachsanbaues in Oesterreich.** — **Aus dem Verbandsgebiete:** Aus unseren Bezirken: Niederlausitz. — **Königreich Sachsen.** — **Berichte aus den Ortsgruppen:** Landeshut-Siebau i. Schlesien. — **Inserate.**

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. B.: E. M. Schiffer, Düsseldorf, Konfordiastraße Nr. 7.